

Energiewende braucht Bürgerenergie

FOTO: © BBEN



Die Bürgerenergie ist ein Eckpfeiler der Energiewende, doch bisher ohne Stimme im politischen Berlin. Das ändert sich gerade. Das neu gegründete Bündnis Bürgerenergie e. V. (BBEn) bündelt und vertritt die Interessen der Bürgerenergie. Das Ziel: eine klimafreundliche, ökologische, dezentrale Energieversorgung mit Beteiligung der Bürger. *Rainer Lange, BBEn*

Es sind die vielen, die Großes bewirken. Die Menschen vor Ort bringen die Energiewende voran. Nahezu jede zweite Kilowattstunde Ökostrom stammt mittlerweile aus Erneuerbare-Energien-Anlagen, die Privatpersonen, Landwirten, Energiegenossenschaften und anderen Energiegesellschaften gehören. „Deshalb ist jeder Angriff auf die Bürgerenergie auch eine Attacke auf die gesamte Energiewende“, sagt Fabian Zuber, Leiter der Geschäftsstelle des Bündnis Bürgerenergie e.V. Mit der geplanten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefährdet die Bundesregierung ernsthaft den Fortbestand der Bürgerenergie. „Die Bundesregierung will eine Re-Zentralisierung des Energiesystems. Dezentrale Versorgungskonzepte und die Energiewende bei den Menschen vor Ort hat sie nicht auf dem Schirm. Stattdessen setzt sie auf Ausschreibungen und den Stromhandel über die Börse. Beides ist Gift für die Bürgerenergie“, warnt Zuber.

Stimme der Bürgerenergie

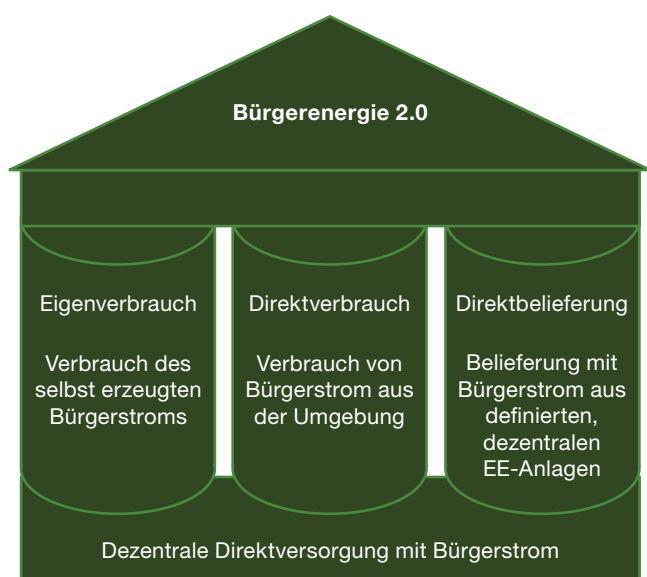
„Wenn über die Zukunft der Energiewende entschieden wird, wollen wir den Interessen der Bürgerenergie eine kraftvolle Stimme verleihen“, sagt René Mono, Vorstand des Bündnisses. Deshalb mischt sich das Bündnis Bürgerenergie aktiv in die politische Diskussion ein, etwa im März mit einem offenen Brief an die Ministerpräsidenten. „Bürgerinnen und Bürger müssen auch in Zukunft Erneuerbare-Energie-Anlagen planen, bauen, finanzieren und langfristig betreiben können. Das erfordert Investitionssicherheit und Marktoffenheit“,

heißt es in dem Appell, den 342 Bürgerenergie-Gesellschaften aus ganz Deutschland unterzeichnet haben. Um in Berlin präsent zu sein, hat das Bündnis eine Geschäftsstelle gegenüber dem neuen Energieministerium eingerichtet – und bringt die Anliegen der Bürgerenergie ein. „Wir sind im regelmäßigen Austausch mit Entscheidern in den Ministerien sowie den Bundestagsabgeordneten. Auch die Vernetzung mit gleichgesinnten Verbänden und Kontakte zu Medien gehören zu unseren Kernaufgaben“, erläutert Zuber.



FOTO: JÖRG FARYS

Aufsichtsrat, Vorstand und Geschäftsstelle des Bündnis Bürgerenergie (es fehlt Dr. Michael Sladek und wird vertreten durch Ursula Sladek), von links nach rechts: 1. Reihe: Lukas Beckmann, Dietmar von Blittersdorff. 2. Reihe: Michael Welz, Rolf Wetzel, Ursula Sladek, Dr. Verena Ruppert, Fabian Zuber, Dr. René Mono. 3. Reihe: Philipp Vohrer, Nils Boenigk, Dr. Hermann Falk, Dr. Thomas E. Banning, Dr. Paul Grunow



BBEn 2014

Strom regional erzeugen und verbrauchen

Bei der Reform des Energiemarktes geht es um viel. Die Politik stellt die Weichen, entscheidet über die Rahmenbedingungen für die Investitionen in Windräder, Solar- und Biomasseanlagen. Besonders die kleinen Bürgerenergie-Akteure brauchen einen freien Marktzugang und hohe Investitionssicherheit. Die ist bisher durch feste Einspeisevergütungen garantiert. Ausschreibungen oder eine verpflichtende Direktvermarktung, wie die Regierung vorsieht, erhöhen die Risiken stark. „Bürgerenergiegesellschaften, die ein Windrad errichten, haben kein Risikokapital oder können zwischenzeitliche Verluste ausgleichen wie große Stromerzeuger“, sagt René Mono. Würden die aktuelle Pläne umgesetzt, droht den vielen bürgerschaftlichen Aktivitäten daher das Aus. Das Bündnis Bürgerenergie setzt auf ein völlig anderes Energiekonzept – die dezentrale Versorgung mit Bürgerstrom. „Wir wollen, dass dezentral erzeugter Strom von Erneuerbare-Energien-Anlagen direkt in der Region verbraucht wird“, sagt René Mono. Denn Erneuerbare Energien haben einen unschlagbaren Vorteil. Sie sind überall in Deutschland an den Heimatorten der Menschen verfügbar. Eine Säule der Direktversorgung mit Bürgerstrom ist der Eigenverbrauch, das heißt Stromverbraucher erzeugen ihren Strom selbst. Wer zukünftig Strom aus neuen eigenen Anlagen selbst nutzen will, soll 70 Prozent der EEG-Umlage bezahlen – Eigenverbrauch droht dadurch unwirtschaftlich zu werden. „Wer klimafreundlich erzeugten Strom selbst verbraucht, wird dafür noch bestraft“, kritisiert Fabian Zuber. Die zweite Säule ist der Direktverbrauch von Bürgerstrom. Direktverbrauch kommt denjenigen zu Gute, die nicht selbst in Erneuerbare-Energie-Anlagen investieren können oder wollen. Das sind etwa Mieter in Mehrfamilienhäusern oder kleine und mittlere Gewerbebetriebe. Sie haben meist hohe Stromkosten. In Heidelberg zum Beispiel kooperiert die örtliche Energiegenossenschaft mit einer Wohnungsbaugenossenschaft. Die Energiegenossenschaft hat Photovoltaikanlagen auf sieben

Mehrfamilienhäusern gebaut, finanziert von Bewohnern vor Ort und Heidelberger Bürgern (s. Seite 30-31). Die Mieter beziehen günstigen Solarstrom direkt vom Dach. In Mainz hat die Energiegenossenschaft Urstrom Solar-Anlagen auf den Dächern der Entsorgungsbetriebe und eines Biowinzers errichtet und beliefert diese direkt. Die Entsorgungsbetriebe verbrauchen so etwa 70 Prozent des vor Ort erzeugten Stroms.

Grünstrom darf nicht grau werden

Der Direktverbrauch war bisher begünstigt, weil nur eine reduzierte EEG-Umlage zu entrichten war. Die große Koalition hat dies aus dem EEG-Entwurf gestrichen. „Die Regierung will einerseits eine bedarfsgerechte Stromerzeugung anreizen – und schafft gleichzeitig dezentrale Marktmodelle ab, die Produzenten und Verbraucher zusammenbringen. Das ist widersinnig“, sagt Fabian Zuber. Viele Menschen wollen echten Grünstrom beziehen und damit ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz hat dafür erste Möglichkeiten geschaffen. Jetzt setzt die Regierung auf einen anonymen Graustrommarkt, bei dem große Unternehmen den Markt dominieren würden. Das Bündnis Bürgerenergie fordert deshalb: Jeder Verbraucher soll weiterhin die Chance haben, echten Grünstrom zu beziehen – und zwar aus definierten, dezentralen Erneuerbare-Energie-Anlagen. „Vorrang für dezentrale Erzeugung und Direktversorgung mit Bürgerstrom“: Diese Forderung tragen das Bündnis Bürgerenergie sowie viele regionale und lokale Akteure der Bürgerenergie derzeit ins Land – bei der Politik in Berlin, den Bundesländern, bei Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen, auf Veranstaltungen und auf der Straße. „Ohne Bürgerenergie bleibt die Energiewende auf der Strecke“, meint Fabian Zuber.

Das Bündnis Bürgerenergie (BBEn) e.V.

ist Vordenker der dezentralen Energiewende in Bürgerhand und vertritt die Interessen der Bürgerenergie.



Das BBEn setzt sich ein für

- die ambitionierte Fortsetzung der dezentralen Energiewende, um den Klimawandel aufzuhalten
- den Erhalt der Bürgerenergie, denn sie gewährleistet den Erfolg und die Akzeptanz der Energiewende
- die verbrauchsnahe Erzeugung von Energie
- die Direktversorgung der Verbraucher durch Bürgerenergie.

Das Bündnis Bürgerenergie versteht sich als offene Plattform, in dem sich lokale, regionale und bundesweit agierende Netzwerke, Organisationen und Unternehmen zusammenschließen. Initiatoren des BBEn sind Netzkauf EWS eG, NATURSTROM AG, Stiftung Neue Energie, GLS Bank Stiftung, 100 Prozent Erneuerbar Stiftung, Haleakala-Stiftung, Bürgerenergie Thüringen e.V., Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz, Netzwerk Energiewende Jetzt, Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und Agentur für Erneuerbare Energien.

Weitere Informationen www.buendnis-buergerenergie.de